

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 12 (1932-1933)
Heft: 3

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

erstehen.“ Für Ezel dämmert eine neue Lebensmöglichkeit. Wird auch die Zeit, die „Mit-Welt“ ihr entgegenreifen?

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Abrüstungskonferenz / Reparationenkonzferenz / Planwirtschaft wider Willen.

Sachlich läßt es sich heute kaum rechtfertigen, ausführlicher von der Abrüstungskonferenz zu sprechen. Praktische Ergebnisse hat sie bisher nicht gezeitigt, und heute ist sie bereits so abgesackt, daß nur noch mühsam die Fiktion des Weiterarbeitens aufrechtzuerhalten ist. Von Zeit zu Zeit werden zur Gedächtnisauffrischung neue Unterausschüsse gebildet. „Aber es wäre vermessend, auf sie den stolzen und siegesstärkeren Ausspruch Galileis anzuwenden: E pur si muove. Tatsächlich bewegt sie sich nicht.“ („Neue Zürcher Zeitung“.) Andererseits wurden vor allem in der Schweiz sehr große wertvolle Kräfte auf die Konferenz hingeworfen (Jugendkundgebungen, Abrüstungsresolutionen), daß die Wahrhaftigkeit gebietet, heute zu sichten, was bisher erreicht wurde und was für den zukünftigen Verlauf zu erwarten ist. Die Abrüstungskonferenz hat die Lage, wie sie heute in Europa besteht, wieder deutlich aufgezeigt.

Sie begann mit einer großen Parade zahlreicher Abrüstungsprojekte, an denen unter getreuer Wahrung der eigenstaatlichen Interessen die hingebende Liebe ihrer Verfasser hing. Sie lassen sich in drei Gruppen teilen. Zur ersten Gruppe gehören vor allem die neutralen Staaten. Sie nehmen die Abrüstungskonferenz wirklich ernst und erstreben durch sie eine wirkliche Abrüstung. Unter die zweite Gruppe fallen diejenigen Staaten, die zwar die Abrüstungskonferenz nicht ernst nehmen, die sie aber dazu benützen, um durch die Art ihrer Anträge das wirkliche Kräftepiel aufzuzeigen und der Verhüllungspolitik zu steuern. Dazu gehören z. B. Rußland und die Türkei. Führend ist aber die dritte Gruppe. Ihr Ziel ist es vor allem, durch geschickte Pläne eine Abrüstung vorzuschlagen, die sie selber nicht trifft, dabei aber diesen Mangel an Abrüstungswillen geschickt zu verschleiern. Dahin sind vor allem die französischen, aber auch die englischen und amerikanischen Vorschläge zu zählen. Hierher gehört auch der polnische Vorschlag, der durch Postulierung der moralischen Abrüstung jede verpflichtende wirkliche Abrüstung umgehen will.

Als die vielen Reden verrauscht waren, begann die Konferenz organisatorisch zu verhandeln. Zunächst wurde eine Hauptkommission gebildet, hernach mehrere Spezialausschüsse und neuerdings noch Unterausschüsse.

Sachlich war die Konferenz bisher namentlich darauf aus, Entscheidungen auszuweichen, sie durch Formelkompromisse zu vertagen und für eine lange Dauer der Konferenz mit gut angebrachten Kunstpausen zu sorgen. Die Hauptkommission besprach einen grundsätzlichen Resolutionsentwurf. Zunächst erhob sich die Frage, was unter Abrüstung zu verstehen sei: Herabsetzung der Rüstungen oder bloße Beschränkung, d. h. Beibehaltung des heutigen Standes. Schließlich sagte man einfach beides. Nach welchen Kriterien soll abgerüstet werden? Auch hier wich man einer grundsätzlichen Entscheidung aus, indem man im wesentlichen den Art. 8 des Völkerbündspaktes, der seine Wirksamkeit bisher ja mit aller Deutlichkeit bewiesen hat, bestätigte, und beschloß, soweit abzurüsten, als es sich mit der nationalen Sicherheit und den internationalen Verpflichtungen eines Landes verträgt, wobei die geographische Lage und die besonderen Verhältnisse jedes Landes berücksichtigt

werden sollen. Das tut heute schon jeder Staat. Die sofortige Abrüstung wurde natürlich abgelehnt und etappenweises Vorgehen beschlossen, wobei man sich wohl hütete, den zeitlichen Abstand und den Umfang dieser Etappen festzulegen. Was soll endlich abgerüstet werden? Da trat Frankreich mit seiner alten Sicherheitsidee hervor. Es will vor allem den Ausbau des Sanktionensystems im Rahmen des Völkerbundes zur Stützung des Status quo durch Überweisung von Waffen und Truppen an den Völkerbund. „Wie viel Zeit brauchte dieses Heer zu seiner Aufstellung, zu seiner Ausbildung; wo stünden seine Arsenale, wo würde die Völkerbundsflotte stationiert, vielleicht im Genfersee?“ höhnte der „Corriere della Sera“. Demgegenüber verlangten Italien und Amerika die Abschaffung typischer Angriffswaffen. Der Streit endigte auch im Formelkompromiß; man beschloß „Zustimmung zum Prinzip der qualitativen Abrüstung, d. h. zur Auswahl gewisser Kategorien oder gewisser Typen von Waffen, deren Besitz oder Gebrauch durch irgend einen Staat verboten oder die internationalisiert werden sollen“. Darauf wurde der ganze Fragenkomplex in Spezialkommissionen aufgespalten und den militärischen Experten übertragen, sich in diesem Formelkram zurechtzufinden. In diesen Ausschüssen wiederholte sich alles getreulich. Man geriet oft scharf aneinander. Wer keine Unterseeboote und Linienfahrer hat, bezeichnet sie als Angriffswaffen; wer solche besitzt, erklärt, sie dienen nur der Verteidigung. Man streitet sich darüber, ob Geschütze mit einem Kaliber von 100 mm oder 150 mm oder darüber dem Angriff oder der Verteidigung dienen. Deutschland hat überall darum eine klare Stellung, weil es immer erklären kann, daß die Waffen, die ihm im Versaillervertrag verboten wurden, wohl Angriffswaffen sein müssen. Amerika hat einen Abrüstungsplan ausgearbeitet, der nur die Landarmee umfaßt, während Italien die Ausdehnung der Abrüstung auf die Marine verlangt. Dabei hat Amerika errechnet, daß bei der Abrüstung die amerikanischen und englischen Streitkräfte sogar noch vermehrt werden müßten.

Mit viel Geschick machten sich alle Staaten daran, eine Abrüstung auszu-denken, die nur die andern, nicht aber sie selber trifft. Die Abrüstungskonferenz bedeutet für die beteiligten Staatsmänner eine ausgezeichnete Schule, in der sie lernen, elegant von Abrüstung zu sprechen, sie aber, soweit sie selber davon betroffen würden, zu vermeiden.

Wesentlich war das, was neben der Konferenz einherging. Ein Versuch, zwischen den führenden Staatsmännern der Großmächte die grundsätzlichen Probleme zu besprechen, endigte durch Tardieus Erkrankung auf unrühmliche Art. Während die Abrüstungskonferenz ihr klägliches Schauspiel aufführte, zeigte sich in Ostasien die Sterilität aller Friedensbemühungen. Es war unmöglich, Frankreich und Italien zum Beitritt zum Flottenabkommen zu bringen. Daraufhin kündigte Mac Donald an, daß er sich vielleicht genötigt sehen könnte, von der Schutzklausel Gebrauch zu machen und zur See aufzurüsten. Der zehnjährige Bestand des Rapallovertrages zwischen Deutschland und Rußland wurde von den beiden Staaten mit bemerkenswerter Freude gefeiert. Frankreich verlegte sich auf eine konsequente Verschleppungstaktik. Lenkte sein Abrüstungsvorschlag schon vom eigentlichen Problem ab, so griff es in die Verhandlungen immer retardierend ein. Als die Konferenz abgebrochen wurde, hieß es, man fahre kurz vor Pfingsten, später kurz nach Pfingsten weiter, und vor kurzem berichtete der „Matin“, daß der Wiederzusammentritt kaum vor Anfang November zu erwarten sei. Frankreich kann von der Verzögerung nur profitieren. Es hat jetzt drei Kugeln im Spiel: Reparationen, Abrüstung und Donauprojekt, die zur Bezahlung von notwendigen Konzessionen gegenseitig verwendet werden können.

Die Konferenzgläubigkeit sinkt bei den Völkern zusehends im Kurs. „Die Völker . . . verbergen ihre Ungebuld angesichts der Langsamkeit der Arbeiten dieser Konferenz nicht. Zu viel der Worte, zu viel der grundsätzlichen Beschlüsse, verglichen

mit den unbedeutenden Ergebnissen!" rief Grandi in der italienischen Kammer aus. „Wir können nicht mehr warten, weil die Völker nicht mehr warten wollen und nicht mehr warten werden. Was uns not tut, ist nicht eine Multiplikation der Konferenzen, sondern die beschleunigte und die ganze Tat," sekundierte ihn Brüning.

Wir sollten in der Schweiz endlich trotz unserer angestammten Gutmütigkeit dazu gekommen sein, die Wirklichkeit auch hinter einer kunstvoll aufgeäumten Scheinbetriebsamkeit zu sehen. Es ist heute Pflicht, unser Volk auf die vulkanischen Spannungen in Europa hinzuweisen und es aus seinem Konferenzdusel zu wecken. Grund zu Optimismus ist heute keiner vorhanden.

* * *

In Bälde tritt in Lausanne die Reparationskonferenz zusammen. Mac Donald hat sich für eine grundsätzliche und endgültige Lösung des Reparationenproblems ausgesprochen, ebenso Italien. Frankreich will sich aber nur zu einem neuen Moratorium bereit finden. Brüning kann aber in Lausanne kein solches annehmen, ohne zu stürzen. „Einmal müssen die Opfer ein Ende haben. Einmal muß der Schlußstrich gezogen und einmal muß auch diese Rechnung als beglichen anerkannt werden, wenn wirklich der Krieg als beendet angesehen werden soll," erklärte er zu wiederholten Malen mit aller Bestimmtheit. Hat er nicht umsonst schon seit langem alles auf Lausanne als auf seine große Chance gesetzt? Die heutigen Verhältnisse lassen erkennen, daß die Lausanner Konferenz nicht so bald zu positiven Ergebnissen kommen wird. Wahrscheinlich wird sich die politische Lage in Europa aber stärker klären.

Die Schweiz hat zwar insofern kein unmittelbares Interesse an der Reparationenfrage, als sie weder Schuldnerin, noch Gläubigerin von Reparationen ist. Aber die Reparationenlast liegt heute derart drückend auf der europäischen Wirtschaft, daß bei einem weiteren Anhalten des heutigen unhaltbaren Zustandes zu den bisherigen Schädigungen unserer Wirtschaft noch neue, schwerere hinzutreten werden. Dazu kommt, daß die Schweiz in vielen Ländern durch Anleihen engagiert ist. Wohl unterscheidet man heute noch zwischen privaten und politischen Schulden und will nur die letzteren streichen. Aber wie lange noch? Haben doch viele Kredite in Wahrheit dazu gedient, die Reparationszahlungen zu finanzieren. Geht das noch so weiter, so kommen zwar die Siegerstaaten zu ihren Reparationen, aber die kapitalstarken Länder, wie z. B. die Schweiz, müssen dazu das Geld liefern, ohne es vielleicht wieder zu sehen.

* * *

Auf wirtschaftlichem Gebiet wird nun auch unser Land aus dem bisherigen Schlendrian aufgeschreckt. Wir können nicht mehr das tun, was uns beliebt, und dabei an eine fortschreitende Entwicklung zu wachsender Blüte glauben; wir werden heute durch Notwendigkeiten gezwungen. Dabei können wir nicht behaupten, daß wir der Entwicklung voll gewachsen sind. Wir hängen mit unserem Denken noch zu stark am Dogma vom freien Spiel der Kräfte und von der zunehmenden Güterfülle. Die heutige wirtschaftliche Krise, die nach einer Außerung der Oberzoll-direktion „immer mehr in den Bereich der Strukturkrise drängt", zwingt uns aber, die Zügel der Wirtschaft in die Hand zu nehmen und sie zu organisieren und zu gestalten. Das ist die positive Bedeutung der heutigen Krise. „Volkswirtschaft zu treiben, die sich in die Weltwirtschaft einfügt, erwächst zur schwierigen, vorläufig kaum lösbar scheinenden Aufgabe." Wir müssen das sich in der freien Wirtschaft autonom gebärdende Macht- und Gewinnstreben „einem höheren Sinne des Wirtschaftslebens einordnen, der im planvollen Dienste am gesamten Volke und an der Menschheit liegt".

Die Wirtschaftskrise zeigt ihre deutlichen Symptome. Unsere Ausfuhr von Fabrikaten z. B. ist im ersten Vierteljahr von 385,7 Mill. Fr. im Vorjahr auf

Fr. 188,7 im laufenden Jahr gesunken. Die Zahl der in den Betrieben beschäftigten Arbeiter nimmt immer mehr ab; große Betriebe liegen unbeschäftigt brach. Im Staatshaushalt wachsen die Ausgaben für die Arbeitslosigkeit, während die Steuereinnahmen zurückgehen, im Bund die Stempelabgaben im letzten Jahr 9,3 Mill. Fr. weniger einbrachten, die Zolleinnahmen ständig mehr zusammenschrumpfen und die Betriebsausfälle der Bundesbahnen wachsen. Unsere Handelsbilanz wird in beängstigender Weise immer mehr passiv. Die Ausgleichsposten der Zahlungsbilanz, wie Fremdenverkehr und ausländischer Zahlungsdienst beginnen stark zurückzugehen. Moratorien, Stillhalteabkommen, gefährdete Zinsdienste beginnen, den Geldzufluß abzdämmen. Unsere Währung vermag zwar heute diesem Ansturm noch standzuhalten; unser Goldbestand vermag noch starke Defizite auszuhalten. Aber schon erhebt sich beängstigend die Frage, ob die Währung einem Rückstrom der großen Fluchtkapitalien oder auch nur dem ständigen Anhalten unserer großen Übereinfuhr auf die Dauer standzuhalten vermag.

Der Bundesrat versucht, durch Zollmaßnahmen und Kontingentierungen die Einfuhr aus dem Auslande etwas aufzuhalten. Aber es regen sich Widerstände von „an sich“ freihändlerischen Kreisen. Man wagt nicht, hier energischer zu drosseln. Auf die Dauer wird das nicht zu umgehen sein. Erstmals seit dem Bestehen unserer Handelsstatistik haben wir im ersten Quartal 1932 mehr Fabrikate eingeführt als ausgeführt: eine für ein so hoch entwickeltes Land wie die Schweiz beschämende Erscheinung. Aber wir bewegen uns bei der Organisation unserer Volkswirtschaft noch auf Versuchsboden; die Gestaltung des wichtigsten Zwischengliedes Volkswirtschaft zwischen Einzelwirtschaft und Weltwirtschaft ist dem liberalen Denken etwas Ungewohntes.

Der Bundesrat geht auch daran, für unsere Ausfuhr ein Möglichstes zu tun. Er versucht, im Kompensationsverkehr unsere Importkraft in die Wagchale zu werfen, um ausländische Märkte offen zu halten. Schon die Erfassung der Handelsimportkraft bedeutet eine Abkehr von liberalem Denken. Der Kompensationsverkehr ist aber nicht möglich ohne die Organisation der Importeure. Es sollen Zentralstellen gebildet werden, an die vom 30. Juni an nur noch Einfuhrbewilligungen erteilt werden sollen. Bereits sind darüber Verhandlungen mit verschiedenen Importeurkreisen aufgenommen worden. Man muß jetzt in letzter Stunde daran gehen, die nötigen Verbindungsglieder zwischen Staat und Einzelwirtschaft rasch aufzubauen, die in einer organisierten Wirtschaft, die nicht eine Staatswirtschaft sein will, unentbehrlich sind, die aber der Liberalismus zerstört und durch den ständigen Schuß unsozialer Outsider immer wieder zerrüttet hat. Hat man bei uns noch vor einem Jahr die Kreise belächelt, die solche Pläne vertraten, so zwingt heute die Entwicklung, an die korporative Organisation der Wirtschaft heranzugehen. Auch die bisherigen Erfahrungen mit der produktiven Arbeitslosenfürsorge, d. h. mit der Ausrichtung von Bundesbeiträgen an private Unternehmungen, drängen in diese Richtung. Das Doppelspiel von Staatsfürsorge und Wirtschaftsfreiheit hat hier zu gefährlichen Preisunterbietungen geführt, und die Gefahren einer nur auf halbem Wege stehen bleibenden Wirtschaftspolitik gezeigt. In einem bemerkenswerten Aufsatz aus Industriekreisen in der Exportbeilage der „Neuen Zürcher Zeitung“ wird heute „die kollektive Inanspruchnahme der produktiven Arbeitslosenfürsorge durch ganze Industriezweige in Betracht gezogen“. „Die Fortsetzung der verhängnisvoll gewordenen privatwirtschaftlichen Preispolitik unter Beihilfe des Staates gibt zu großen Bedenken Anlaß.“ Die Möglichkeit einer weiteren Ausrichtung ergibt sich nur dort, „wo eine gegenseitige Konkurrenzierung durch eine gemeinsame Verständigung auf eine gefestigte Preisgrundlage in Verbindung mit weiteren zweckmäßig regelnden Maßnahmen (Produktionseinschränkung) unterbunden ist“. „Man wird sich anscheinend auch immer klarer darüber, daß das Außerordentliche der weltwirtschaftlichen Zustände die leere Anwendung des unter besseren Umständen be-

rechtigeren Grundsatzes vom selbständigen Spiel der freien Kräfte verbietet.“ Der Verein schweizerischer Maschinenindustrieller ist mit Eingaben an den Bundesrat gelangt, die die Verknüpfung von Anleiheverhandlungen mit dem Ausland mit Exportaufträgen für die schweizerische Industrie, die Aufnahme von Handelsbeziehungen mit Rußland unter Übernahme einer Risikogarantieleistung für ungefähr die Hälfte der Fakturabeträge der Lieferungen durch den Bund, also die Einführung einer staatlichen Exportkreditversicherung wünschen. Damit decken sie sich stark mit dem Krisenprogramm der Sozialdemokraten, wie es z. B. in der „Roten Revue“ entwickelt wird. Alle diese Dinge zeigen uns, wie stark der Zwang der Verhältnisse mit liberalem Denken bei den Praktikern schon aufgeräumt hat. Was uns heute droht, ist ein bürokratischer Staatssozialismus und Staatszentralismus. Dringender als je erhebt sich heute die Forderung nach ständischer Organisation der Wirtschaft und nach Übertragung der neuen Aufgaben an die Verbände in Selbstverwaltung zu sachverständiger Erledigung unter Vorbehalt bloßer staatlicher Oberleitung. Unser Parteienparlament ist strukturell unfähig, zu dieser notwendigen Tat vorzustoßen. Wird der Bundesrat die Einsicht besitzen, um gestützt auf die außerordentlichen Vollmachten das Notwendige zu tun, oder werden wir in den Staatssozialismus hineinschlittern? So ungewohnt uns das klingen mag: die Neuordnung muß eine grundsätzliche sein. Denn der Staat ist nicht nur eine Gelegenheitsgesellschaft zur Überwindung von Krisen.

Zürich, den 21. Mai 1932.

Ernst Wolfer.

Jugendbewegung oder Jugendorganisation.

Politische Verbände entstehen als Erlebnisgemeinschaften. Sie sind daher in der Regel auch Altersgemeinschaften. Aus diesem Grunde versuchen alle politischen Parteien die Kräfte, welche innerhalb der heranwachsenden Generation zur politischen Gestaltung drängen, in besondern Jugendorganisationen einzufangen, um sie so den Parteizielen besser dienstbar zu machen. Bestimmte personelle Verbindungen mit der Mutterpartei und Ansetzung einer obersten Altersgrenze kennzeichnen die parteibehördlich dirigierte Jugendorganisation. Initiative und letzte Entscheidung liegen bei der Partei. Von der Jugendorganisation unterscheidet sich die Jugendbewegung dadurch, daß hier die Jugend selbst die Initiative ergreift, um in einer freigewählten Form ihren politischen Gestaltungswillen zum Durchbruch zu bringen. Zwischen diesen Formen gibt es Übergänge. Gerade hier soll von der Entwicklung einer bedeutenden Bewegung zur Organisation die Rede sein.

Als politische Jugendbewegung in dem eben dargelegten Sinne bezeichnet Dr. Reto Carafj in einem Aufsatz im Jahrbuch 1932 der „Neuen Helvetischen Gesellschaft“ auch die „Liberale Jugend der Schweiz“. Ist das richtig?

Ist die „Liberale Jugend der Schweiz“ (LJS) heute noch Jugendbewegung?

Besondere Gründe rechtfertigen es, diese Frage öffentlich aufzuwerfen. Es geschieht nicht aus parteipolitischen Erwägungen, sondern aus Sorge um die künftige politische Entwicklung unseres Vaterlandes, um die schweizerische Volksgemeinschaft.

Die LJS verbindet in verschiedenen Kantonen über 12,000 Mitglieder in „freier Kampfgemeinschaft“ mit der Freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz. Im Gegensatz zu den Jugendorganisationen anderer Parteien, wie beispielsweise der „Sozialistischen Arbeiterjugend“, beanspruchte die LJS seit ihrer vor fünf Jahren erfolgten Gründung — die angeschlossenen kantonalen Organisationen sind teilweise bedeutend älter —, Jugendbewegung zu sein. Die LJS suchte sich auf

alle Fälle die Möglichkeit offen zu halten, andere Wege zu gehen, als die Partei, mit der sie sich verband. Sie wollte, um mit den Worten eines ihrer Führer zu reden, „das Salz in der Partei sein und ihr solange treu bleiben, als sie dieses Salz ertrüge“. Eine der ersten Kundgebungen der LZS sprach von der „Generation des Jahrhunderts und ihren Forderungen“. Da diese Kundgebungen von einer Gruppe ausgingen, welche derjenigen Partei nahe stand, die seit Jahrzehnten die Geschichte unseres Landes leitete und auch heute als Minderheit immer noch über den **größten Presseapparat und überragenden Einfluß** auf die Regierung (Bundesrat) und die führenden Schichten (Wirtschaft, Wissenschaft, Erziehung zc.) ausübt, schien sich hier eine Erneuerung des geistig-politischen Lebens anzubahnen, die mehr zu bringen versprach, als eine bloße Belebung der erstarrten parteipolitischen Gegensätze.

Leider hat die spätere Entwicklung einen andern Verlauf genommen. Der letzte Kongreß der LZS vom 7./8. Mai 1932 in Flüelen bewies unzweifelhaft, daß die Mehrheit der dort anwesenden Jungliberalen es nicht mehr auf eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit der Mutterpartei ankommen lassen will. Auf die Frage, „ob die LZS jemals das Tisch Tuch zwischen ihr und der Partei zerschneiden würde“, antwortete man mit einem pathetischen „niemals“. Die Zweifler am Liberalismus wurden „wurmfstichig“ gescholten, und einer meinte treuherzig, „der Zweck der LZS sei doch, der Partei Stimmen zuzuführen“. Solche rückhaltlosen Bekenntnisse Jungliberaler zur Freisinnig-demokratischen Partei waren durch die Anwesenheit einer Gruppe von Gästen aus der „Neuen Front“ provoziert worden, die mit dem Schreibenden die Ansicht vertrat, daß die Aufgabe der jungen Generation nicht darin bestehe, vorbehaltlos auf überlieferten Anschauungen weiterzuzubauen, sondern einmal alle parteipolitischen Bekenntnisse grundsätzlich in Frage zu stellen und so von einem dritten Orte aus, eben in einer neuen Front, die mit den alten Fronten der Parteien nichts gemein hätte, das zu schaffen, was dem Erlebnis unserer Generation und unserer Zeit zu tiefst entspricht.

Die erwähnten Vorgänge in Flüelen sind die äußerlich sichtbare Folge einer längeren Entwicklung. Das macht sie erst bedeutsam. Die LZS ist in den fünf Jahren ihres Bestehens immer stärker in die Freisinnig-demokratische Partei hineingewachsen. Von den fünf Mitgliedern der Verbandsleitung ist einer Redaktor der „N. Z. Z.“, einer städtischer Parteipräsident und einer Nationalratskandidat. Die Führer der kantonalen und kommunalen Sektionen wirken mehrheitlich als Parteivertreter in Presse und Behörden ihrer engeren Heimat. Der Verlauf des letzten freisinnig-demokratischen Parteitages vom 21./22. Mai 1932 zu Basel zeigt deutlich, was für ein bedeutsamer Anteil am Parteileben der LZS heute zukommt. Die wichtigste Resolution der Tagung wurde in ihrer Fassung angenommen. Zur Diskussion leistete sie bemerkenswerte Beiträge. Vier Vertreter der LZS zogen in den Zentralvorstand der Partei ein. Die LZS „fühlt sich heute für die Entwicklung des schweizerischen Liberalismus verantwortlich“. Darf man aber nach einem solchen Bekenntnis und angesichts der vielen persönlichen Bindungen zwischen LZS und liberaler Partei noch einen Trennungsstrich ziehen und die Fiktion einer „freien“ Kampfgemeinschaft aufrechterhalten? Wer sich für den Liberalismus verantwortlich fühlt, der soll sich ganz zu ihm bekennen!

Diese lebendige Mitwirkung der LZS bringt der Freisinnig-demokratischen Partei eine, vom Parteistandpunkt aus gesehen, sicherlich hocherfreuliche Bereicherung des Parteilebens, vermehrte Wirksamkeit und wieder etwas Auftrieb. Vielleicht lag diese Entwicklung nicht in der Absicht aller Beteiligten, doch war sie unvermeidlich, da die LZS von Anfang an die Weltanschauung des Liberalismus als ihre Grundlage und die organisatorischen Mittel (Presse) der Freisinnig-demokratischen Partei auch als die ihrigen anerkannt hatte. Dazu kommt, daß unsere schweizerische Art im allgemeinen ideellen Auseinandersetzungen abhold ist

und zur „praktischen“ Tätigkeit drängt. Die Möglichkeit, auf wichtigen Posten, in Presse, Partei und Behörden tätig mitwirken zu können, gewährt eine Befriedigung, die nicht gering angeschlagen werden darf. Materielle Vorteile, die sich damit verbinden, sind auch nicht zu verachten. Man reformiert, ohne sich als Revolutionär unbeliebt zu machen, und darf bürgerliche Sicherheit und Achtung weiter genießen, wie das Bewußtsein, der Väter Werk zu fördern. Sicherlich erfreuliche Aussichten!

Dennoch halte ich diese Entwicklung von einem unparteilichen, schweizerischen Standpunkte aus betrachtet für verhängnisvoll. Es ist nicht die Aufgabe unserer Zeit, in die mehr oder weniger erstarrten Fronten bürgerlich-liberaler und sozialistisch-marxistischer Parteien wieder etwas Leben zu bringen. Dadurch wird die verlorene Volksgemeinschaft nicht zurückgewonnen. Von hier führt kein Weg aus Zersplitterung und Chaos. Die alten Lehren vermögen uns nichts zu helfen, weil die Welt, auf der sie begründet wurden, längst anders geworden ist. Wer die Politik der Gegenwart betrachtet, beispielsweise die wirtschaftlichen Maßnahmen des Bundesrates, dem kann nicht verborgen bleiben, daß alles, was heute geschieht, nicht mehr schlechthin als „liberal“, „konservativ“ oder gar als „sozialistisch“ etikettiert werden kann. Überall klagt man, daß es an einer bestimmten „Richtung“ fehle. Wir leben von der Hand in den Mund und treffen täglich neue „Notmaßnahmen“, indem wir vergeblich auf die immer unsicherere Rückkehr der „alten Zeiten“ hoffen. Sie werden nicht mehr kommen. Die Lebensbedingungen unserer Wirtschaft und des Staates haben sich gründlich geändert. Daher hängen die politischen Systeme, welche auf den Tatsachen des letzten Jahrhunderts beruhen, in der Luft. Für diese gibt es keine Erneuerung. Lächerlich erscheint uns daher, wie man sich in allen Parteilagern bemüht, das eigene Tun mit unhaltbaren Grundsätzen in Einklang zu bringen und „Liberalismus“ oder „Sozialismus“ zu predigen, wo diese Begriffe gar nicht mehr verwendet werden dürfen, oder längst bis zur Unkenntlichkeit aufgelöst worden sind. Ein Versuch, innerhalb des freisinnig-demokratischen Parteivolkes einmal zu ermitteln, welche ausschlaggebenden Vorstellungen mit dem Worte „Liberalismus“ heute verbunden werden, ergab nach Ort und Stand der Befragten ganz verschiedene Antworten. So in Kulturkampf-kantonen: „Gegen die Schwarzen“, bei Angehörigen der Geschäftswelt: „Freihandel“, auf dem Lande: „Bodenständiges Schweizertum“, beim linken demokratischen Flügel: „Liberal-konservativ“, bei Intellektuellen: „Liberalismus ist uns eine aufgeschlossene Haltung, die sich ehrlich bemüht, überall Verständigung zu suchen und vorurteilsfrei in jeder Situation das Vernünftige zu tun.“ Die Beispiele könnten beliebig vermehrt werden. Eine Umfrage in andern Parteilagern ergäbe wohl ein ebenso buntes Bild.

Unklarheit über die letzte Zielsetzung kennzeichnet die gegenwärtige Situation. Sie ist durch den Umstand bedingt, daß unser ideologisches Rüstzeug den Tatsachen und Bedürfnissen der Gegenwart nicht mehr entspricht. Die Parteien, unter deren Herrschaft die Volksgemeinschaft zerrissen wurde, vermögen die aufgelöste Gesellschaft nicht aufzubauen. Die Geschichte zeugt gegen sie und guter Wille allein tut es nicht. Daher muß eine politische Bewegung, die wirklich zukunftsweisend sein soll, es zunächst einmal wagen, alle überlieferten Anschauungen rücksichtslos in Frage zu stellen, um so frei nach dem Grund unserer politischen Bewegtheit zu suchen und neue Ziele setzen zu können. Sind wir wirklich noch „konservativ“, „liberal“ oder „sozialistisch“ im überlieferten Sinn? Oder stehen wir schon auf einem Boden, für den es in unserm Lande noch gar keinen Namen gibt? Sind wir gar unbewußt zu einer Art schweizerischer Faschisten oder Nationalsozialisten geworden, oder auf dem Wege dazu? Wirken die geistigen Zusammenhänge, die die erwähnten ausländischen Bewegungen tragen, nicht auch bei uns?

Antworten auf alle diese Fragen zu suchen, ohne sie schon in der Fragestellung vorwegzunehmen und dann dem

gemeinsam Erlebten und Erkannten ohne Rücksicht auf die herrschenden Mächte zum Durchbruch zu verhelfen, das wäre die Aufgabe einer wirklichen schweizerischen Jugendbewegung. Solches war wohl auch die Absicht einiger Mitbegründer der LJS. Aber die organisatorische und geistige Verknüpfung der LJS mit der Freisinnig-demokratischen Partei mußte dieses Ziel ausschließen. Eine Partei darf sich nicht selbst in Frage stellen. Das wäre Selbstmord. Darum gibt es auch keine Erneuerung einer Partei, deren historische Aufgabe erfüllt ist. Es gibt nur eine Entscheidung: Für sie, oder gegen sie.

Die LJS hat sich für die Partei entschieden. Die Partei wird das Salz, welches die LJS sein möchte, nicht nur ertragen, sondern auch verdauen. Vielleicht nicht ohne Magenstörungen. Aber diese gehen vorüber. An unserm politischen Zustande wird schließlich von liberaler Seite her nicht viel geändert werden, entgegen dem ursprünglichen Willen der LJS. Die Schweiz kann nicht liberaler werden, als sie im letzten Jahrhundert war. Heute weniger, denn je.

Man kann nicht zwei Herren dienen. Die LJS hat sich innerhalb der Partei große Aufgaben gestellt und ihre Erfüllung wird den Beteiligten sicherlich Erfolg und Ansehen bringen. Zugleich sind aber damit die Kräfte der LJS für eine größere Aufgabe verloren gegangen, die sie einst selbst ahnte und die Aufgabe der Generation unseres Jahrhunderts nannte. Die Mächte der Beharrung, die allen Organisationen innewohnen, sind allzu stark. Wer sich mit ihnen einläßt, verliert leicht nicht nur die äußere, sondern auch die innere Freiheit der Entscheidung. So wird Jugendbewegung zur Jugendorganisation.

Zürich, den 25. Mai 1932.

Robert Tobler.

Zur politischen Lage.

Das Gesamtbild der französischen Wahlen. / Französisches Parteiwesen und Elsäßer-Verhältnisse nach den Kammerwahlen. / Der Sturz der Regierung Renkin in Belgien.

Nichts ist geeigneter, die innere Festigkeit und Ausgeglichenheit des heutigen Frankreich besser zu beweisen als das Endergebnis der letzten französischen Wahlen. Stärker als irgend jemand innerhalb und außerhalb Frankreichs erwartet hätte, ist die Verschiebung in der Zusammensetzung der Kammer ausgefallen. Die Rechte in ihren verschiedenen Gruppen hat eine ausgesprochene Schwächung erfahren, die Linke ist als triumphierender Sieger hervorgegangen. Diese Verschiebung beträgt über 50 Sitze. Wie weit ihr allerdings eine Verschiebung in den Wählermassen entspricht, ist bei der Eigenart des französischen Wahlvorganges mit seinen Einkreisen und bei der völligen Undurchsichtigkeit des französischen Parteiwesens nicht zu sagen. Auf jeden Fall ist die Verschiebung im Parlament Tatsache.

Welches Ergebnis wird nun aber diese Verschiebung haben? Die Regierung Lardieu verschwindet selbstverständlich. Die Partei oder besser Gruppe des Ministerpräsidenten ist ja im Wahlkampf am ärgsten mitgenommen worden und der Einfluß Lardieus wird damit wesentlich sinken. Ans Ruder werden die Radikalen unter Herriot kommen. Das Gesicht der Regierung wird also ganz anders werden. Aber ihr Inhalt? Hier sind zwei Möglichkeiten vorhanden: Regierung der Mitte oder Regierung der Linken. Herriot liebäugelt einstweilen mit beiden, aber entscheiden wird er sich wohl schließlich für die Mitte, für den goldenen Mittelweg. Der reicht aber bis zu Lardieu hinüber! Also wird der innerpolitische Gehalt der neuen französischen Regierung, abgesehen natürlich von den Deklamationen der Führer zum Fenster hinaus, im Endergebnis vom bisherigen Kurs nicht allzu-

weit abweichen. Noch weniger aber wird das in der Außenpolitik der Fall sein. Da ist es ja bezeichnend, daß es Herriot für nötig gehalten hat, vor und im Wahlkampf mindestens so nationalistische Töne anzuschlagen wie Herr Tardieu. Daß er damit auf dem richtigen Wege war, hat der Wahlausgang gezeigt. Als Ministerpräsident wird deshalb Herriot sicherlich auch nicht von dieser nationalistischen Grundstimmung des französischen Volkes abrücken. Er wird das schon deshalb nicht tun, damit ihm nicht die Schuld an den materiellen Nöten in die Schuhe geschoben wird, die nun auch der französische Sparer erlebt. Er wird also weiter von Deutschland Reparationen fordern, obwohl er sicher überzeugt ist, daß er sie nicht erhalten wird. Die eiserne Folgerichtigkeit der französischen Außenpolitik, die aus einer jahrhundertealten Überlieferung und aus einer einheitlichen nationalen Auffassung im Volke hervorgeht, wird also sicher weiter andauern.

So wird man es denn erleben, daß der Sieg der Linken und eine Regierung der Linken in Frankreich schließlich und endlich am bisherigen „Rechtsweg“ der französischen Politik wenig ändern wird. Es bleibt alles beim alten. In der Form allerdings wird Herriot natürlich „als großer Europäer“ auftreten und die wahren Ziele der französischen Politik weniger hervorkehren als Tardieu. Das bringt eine Erleichterung für die internationalen Auseinandersetzungen, aber keine praktische Besserung. Übrigens wird man das ja bald alles am Beispiel nachprüfen können. Die Abrüstungskonferenz und die Reparationsverhandlungen werden dazu genug Gelegenheit bieten!

Die französischen Stellungen sind auf jeden Fall für diese Auseinandersetzungen nicht schlechter geworden. Die französische Wirtschaft hält sich nach wie vor befriedigend. Die Massen spüren vom wirklichen Elend noch nichts. Frankreich hat also Zeit, es braucht sich jetzt mit dem neuen Parlament nicht zu beeilen. Deutschland auf der andern Seite steht mehr als je unter dem Druck der Notlage und nun auch unter dem immer stärkern Druck der nationalsozialistischen Bewegung. Ein solcher Zwang kann förderlich sein; ob er das aber einem Gegner wie das heutige Frankreich gegenüber tatsächlich sein wird, möchte ich bezweifeln.

* * *

Von Einzelheiten der französischen Wahlen seien hier zunächst die starken Veränderungen im Parteiwesen selbst angeführt. Bekanntlich sind die Gruppen der französischen Kammer wie des Senats durchaus nicht etwas Feststehendes, wie wir das von unsern politischen Parteien gewohnt sind. Die Unterschiede in den Parteiprogrammen schon sind wenig bedeutend. Die persönliche Zusammensetzung der Kammergruppen ist etwas durchaus Flüssiges. Eröffnet sich einem Abgeordneten die Möglichkeit, Minister zu werden, so nimmt er dafür die Trennung von seiner Partei leicht in den Kauf. Alle Kabinette werden mit solchen Einzelgängern aufgefüllt. Es entstehen auch nach Belieben neue Gruppen mit schönen Namen, aber eigentlich rein persönlicher Bindung an einen Führer. Mit seinem Verschwinden oder dem Sinken seines Sternes verschwinden auch sie wieder. So scheint das nun das Los der Gruppe des verstorbenen Maginots zu sein, während Herr Marin, der Führer der schroffen Rechten, seine Anhängerschaft auch zusammenschwinden sieht.

Besonderes Interesse beansprucht weiter das Ergebnis der französischen Wahlen im Elsaß, wie ich schon in der letzten Rundschau ausgeführt habe. Die Fragestellung lautete hier: Wird der Autonomismus die vor vier Jahren unter dem Eindruck der großen Autonomistenverfolgungen und des Colmarer Prozesses erlangenen Stellungen halten? Die Gegner der Autonomisten boten ja alles auf, um eine Niederlage dieser verhassten Bewegung herbeizuführen. Das Wahlergebnis ist nun so, daß nicht nur die Autonomisten ihre Stellungen durchaus halten, sondern daß verschiedene Führer der Nationalisten verschwinden mußten. Im Oberelsaß ist in Colmar der Führer der Autonomisten im katholischen Lager, der Chef-

redaktor des „Elsässer Kurier“, Kossé, glänzend gewählt worden. Im Unterelsaß hat der Führer der nationalistischen Katholikenpartei (Upna) seinen Sitz verloren. Insgesamt sind die Sozialisten und die Nationalkatholiken am schlechtesten weggekommen. Die Sozialisten haben ihren einen Straßburger Sitz mit Mühe behauptet, den Sitz des Herrn Grumbach in Mülhausen dagegen verloren. Die Nationalkatholiken, die sich der eifrigen Fürsorge des Bischofs erfreuten, haben von ihren drei Sitzen zwei verloren, den dritten mit großer Mühe behauptet. Glänzend hat dagegen die alte katholische Partei abgeschnitten. Das bedeutet eine schwere Niederlage der Bischofspolitik, von der sich die nationalkatholische Partei nicht so rasch erholen wird. Besonders unterstrichen wird dies Ergebnis dadurch, daß der teilweise französischsprachige Wahlkreis Rappoltzweiler, der immer im Besitz der Katholiken war, nun verloren ging. Er fiel dem auch bei uns bekannten liberalen Fabrikanten Burrus zu und zwar im Kampf gegen einen hohen katholischen Geistlichen, Vertrauensmann des Straßburger Bischofs.

Darin kommt die zweite maßgebende Tatsache der Wahlen in Elsaß-Lothringen auch schon zum deutlichen Ausdruck, die Lösung der alten Bindungen. Man hat zwar aus politischen Gründen die alte katholische Partei spalten können, man hat damit aber auch einen erheblichen Teil der Wähler unsicher gemacht. Sie können nicht mehr an altgewohnte Bahnen sich halten, also suchen sie selbst ihren Weg. Das zeigt sich allenthalben. Die sozialistische Linke muß das auch verspüren. Die alte sozialistische Partei, die sich gänzlich in den Dienst des französischen Nationalismus stellte, mit den Behörden und der Generalität zusammenging u. s. w., hat das mit der völligen Ausschaltung in Lothringen und der fast völligen im Elsaß bezahlt. Die Kommunisten wiederum, ihre lachenden Erben, haben sich ähnlich wie bei uns selbst zerfleischt und haben jetzt ebenfalls einen großen Zusammenbruch erlitten. Die offizielle kommunistische Partei hat gar nichts mehr erreicht, sie hat ihre Stimmzahlen auf einen Bruchteil zusammenschwinden sehen. Die Partei des Straßburger Bürgermeisters Hueber hat einige Achtungserfolge erzielt, hat aber doch auch nicht durchbringen können. Dafür sind in Lothringen zwei wilde Kommunisten, bisherige Abgeordnete, die aus der Partei ausgeschlossen worden waren, glänzend gewählt worden. So gerät das politische Leben immer mehr in Zerfegung. Ganze Wahlkreise sind einfach zu kaufen, wenn jemand das nötige Geld hineinschmeißen will. Das ist das Ergebnis einer mehr als zehnjährigen französischen Herrschaft, des trauten Zusammenwirkens von hoher weltlicher und geistlicher Obrigkeit.

Man wird in Paris dieses Ergebnis französischer Regierungskunst mit gemischten Gefühlen betrachten. Ob man aber daraus die Lehre ziehen wird, daß man Corsica, Algerien, die Normandie und das Elsaß doch nicht ganz gleich behandeln kann? Ich halte das nicht für sehr wahrscheinlich. So wird denn das Elsaß neuen Kämpfen für die Verteidigung seiner Art und Kultur entgegengehen, dabei aber mit manchem Teil seines Kulturgutes die Kosten für diesen aufgesetzten Kampf bestreiten müssen.



In Belgien sind die Auseinandersetzungen über die flämische Frage seit der großen Demonstration in Antwerpen vor einigen Jahren mit der Wahl des Aktivistenführers Borms mit 83,000 Stimmen ins Parlament, während er noch im Gefängnis saß, ins Rollen geraten. Die folgenden Parlamentswahlen brachten den flämischen Nationalisten einen starken Gewinn. Sie sitzen seither mit einem Duzend Mann in der Kammer und mit vier Mann im Senat. Der flämische Nationalismus ergriff vor allem die Jugend, an der Spitze die Studenten. Die nationalistische Bewegung breitete sich zusehends aus und drohte damit den bestehenden alten politischen Parteien, den Katholiken, Liberalen und Sozialisten, gefährlich zu werden. Man versuchte also den flämischen Nationalismus mit allen staatlichen Mitteln

niederzuhalten und ihm das Leben sauer zu machen. Als das nicht gelang, gewann die Überzeugung immer mehr an Boden, daß man doch tatsächlich dem flämischen Wunsche nach Gleichberechtigung und Gleichstellung im Staate entgegenkommen müsse und sei das auch nur auf dem Papier und zur Wahrung des guten Eindrucks nach Außen.

Seit einigen Jahren wird deshalb bald da, bald dort an der belgischen Staatsmaschinerie geflickt, um den flämischen Wünschen entgegenzukommen. Je stärker der Druck des flämischen Nationalismus wurde, desto mehr wuchs auch die Bereitwilligkeit der großen Parteien, die flämische Frage zu „lösen“. Das Ministerium Jaspar versagte aber in dieser Beziehung völlig und verdankte dem im vorigen Jahre seinen Fall. Nun kam Herr Renkin an das Ruder unter dem ausdrücklichen Versprechen, innert kurzer Frist die flämischen Wünsche zu erfüllen. Er hat auch dem Parlament ein neues Gesetz über die flämische Verwaltungssprache vorgelegt, im letzten Augenblicke aber selbst die einzigen wirksamen Garantien für die Durchführung des Gesetzes daraus entfernt. So hatte man zwar ein neues Gesetz, dem aber die flämischen Nationalisten mit Recht vorwerfen konnten, es bleibe ja doch bloß auf dem Papier. Es fehlen ihm eben die Strafandrohungen, um die Brüsseler Bürokratie französischer Einstellung zur Innehaltung der gesetzlichen Vorschriften zu zwingen.

Seit Monaten gingen nun die Verhandlungen über einen zweiten Gesetzesentwurf in den Kammern hin und her. Im Senat kam es schließlich zur Annahme eines sehr verwässerten Gesetzes über das Volks- und Mittelschulwesen. In den flämischen Mittelschulen wurde ja bisher immer noch ein Teil der Fächer in französischer Sprache unterrichtet, in den bischöflichen Gymnasien sogar ein sehr erheblicher Teil. Bei den Volksschulen drehte es sich um die Erhaltung der französischen Schulen im flämischen Gebiet, die meist mit flämischen Kindern aufgefüllt werden. Die Kammer hat dann an dem unbefriedigenden Entwurf des Senates erhebliche Änderungen in Aussicht genommen. Dem wollten nun aber die Liberalen nicht zustimmen, trotzdem eine Mehrheit in der Kammer zu finden war. Darüber ist die Regierung Renkin gestürzt. Dabei zeigte es sich nun aber einmal, daß die regierungsfremden Flamen in der katholischen Partei nicht nachgeben wollten. Sie verlangten unbedingt die Durchführung des Vorschlages der Kammerkommission für das Schulgesetz mit seiner weitgehenden Erfüllung der flämischen Wünsche. Und sie drangen mit dieser Forderung glatt durch. Renkin bildet ein neues Kabinett, das dieses Gesetz durchführen will. Das ist ein bedeutsamer Erfolg der Flamen. Er zeigt, daß gegen die Flamen in Belgien nicht mehr ohne weiteres zu regieren ist.

Wenn man der Ursache dieser Erscheinung nachgeht, so wird man ohne weiteres erkennen, daß die katholische Partei diesmal nicht wie sonst um des lieben Friedens willen nachgegeben hat, weil im Herbst in Belgien Gemeindewahlen stattfinden und im Frühling Kammerwahlen und die Wahl der Provinzialräte. Wäre dann die katholische Partei in Flandern mit leeren Händen dagestanden, so wäre es ihr wohl recht schlecht ergangen. Deshalb ist man jetzt zäh geblieben und hat seinen Willen einmal durchgedrückt. Damit aber ist man noch nicht am Ende. Es handelt sich jetzt noch um eine Vorlage zur Flämisierung des Gerichts, das in Flandern immer noch zu einem wesentlichen Teil französisch amtiert. Vor kurzem noch hat sich der Vorsitzende eines Handelsgerichts in einer kleinen flämischen Stadt mitten in Flandern geweigert, flämisch zu amtieren. Und jetzt eben wird zum ersten Male vor dem obersten belgischen Gericht flämisch plädiert. So steht es in einem mehrheitlich flämischen Lande. Und ähnliche Zustände herrschen in der Armee, wo immer noch in flämischen Bataillonen die Offiziere ihre Mannschaften nicht verstehen, sondern hie und da zum Dolmetscher ihre Zuflucht nehmen müssen. Diese beiden Fragen müssen auch noch durch neue Gesetze geregelt werden, bevor die Neuwahlen kommen. Und dann fragt sich erst noch, wie nun diese Regelungen alle ausfallen.

In einem zentralistischen Staate läßt sich eben die Sprachenfrage überhaupt kaum befriedigend lösen. Ein Teil wird immer zu kurz kommen. Das aber sind in Belgien immer die Flamen gewesen und sie werden es auch wohl noch lange sein, wenn man sich nicht zu einem planmäßigen Umbau des Staates in föderalistischer Richtung entschließt. Auch dann noch wird aber der Kampf um die in den letzten hundert Jahren völlig französisch gewordene und sich immer weiter ausbreitende Hauptstadt Brüssel gehen. Belgien hat zur Herstellung eines vernünftigen Zustandes zu lange gezögert. Es ist heute fraglich, ob man selbst mit weitgehendem Entgegenkommen die Gemüter noch beruhigen kann. Auf jeden Fall werden wohl die flämischen Nationalisten den Staatsleitern in Brüssel und bei den Brüsseler Banken noch verschiedene unangenehme Überraschungen bereiten.

A r a u, den 22. Mai 1932.

H e k t o r U m m a n n.

Bericht aus dem Deutschen Reiche.

Eine der originellsten und heftigsten Wahlschlachten der europäischen Geschichte ist geschlagen. Geschlagen mit so eigentümlichen Parolen und verkehrten Fronten, daß der Nichtkenner reichsdeutscher Verhältnisse den Ereignissen fassungslos gegenübersteht: das Symbol des preußischen Konservatismus, wie eine letzte Säule aus dem Bismarck'schen Zeitalter ins 20. Jahrhundert hereinragend, der Generalfeldmarschall von Hindenburg, ist wiedergewählt. Reichsminister war zur Zeit seiner Wahl sein Generalquartiermeister während des Weltkrieges, Herr von Gröner, einer der gewandtesten Soldaten der Armee. Beide zusammen verteidigten das liberale Deutschland, waren Exponenten der Mitte und der Linken, für die noch vor sieben Jahren die Generalität ein rotes Tuch war. Sie wurden bekämpft von der deutschen Rechten, die vor sieben Jahren in einem verzweifelten Kampfe die erste Wahl des Generalfeldmarschalls durchsetzte. Neben einem Kommunisten waren Gegenkandidaten ein früherer Generalstabsoffizier und der Kriegsfreiwillige Hitler.

Wenn ein sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter im Jahre 1919 in einen magischen Schlaf verfallen und im April 1932 aufgewacht wäre, so hätte ihn bei der Lektüre des „Vorwärts“ entweder der Schlag getroffen oder er wäre ins Irrenhaus gekommen. Denn die Tatsache, daß lauter rechtsstehende Kandidaten sich um den Reichspräsidentenposten bewarben und daß der deutsche Armeeführer von der Sozialdemokratie mit aufgestellt und gewählt worden ist, wäre für seine bei dem Jahre 1919 stehen gebliebene Mentalität untragbar gewesen.

Auf der anderen Seite sieht das Bild nicht minder grotesk aus: 92 % aller Stimmen fielen auf Hindenburg und Hitler. Der Nationalisierungsprozeß des deutschen Volkes kann als nahezu vollendet betrachtet werden, wenn man bedenkt, daß auch die Kommunisten mit der nationalen Parole spielen. Die Hitler'sche These: Deutschland wird entweder bolschewistisch oder nationalsozialistisch sein, scheint nach diesem Wahlausgang ad absurdum geführt, vorausgesetzt, daß sich der Begriff Bolschewismus lediglich mit der Gefahr, welche die kommunistischen Stimmen darstellen, deckt; eine Frage, die noch untersucht werden müßte.

Der Liberalismus, der sich in die Arme eines katholisch-konservativen Reichskanzlers rettete und hinter den breiten Rücken des preußisch-konservativen Feldmarschalls versteckte, hat nochmals gesiegt. Er wäre verloren gewesen, hätte die nationale Opposition von sich aus Herrn von Hindenburg als Kandidaten geführt und mit der Magie seines Namens einen überwältigenden Rechtssieg errungen. Aber es ist die Tragik der nationalen Opposition, daß sie keine Strategie, sondern nur Taktik treibt. Sie sah nicht ein und konnte es ihren Wählern nicht begreiflich

machen, daß Hindenburg nicht der Retter von Weimar, sondern der Liquidator sei. Wohl wirkte seine erste Wahl 1925 für die Republik stabilisierend. Aber zusammen mit Brüning hat er mittlerweile unternommen, den Parlamentarismus organisch abzubauen, wobei zuzugeben ist, daß die Stärkung der Regierungsautorität ebenso gut der Rettung des Systems als seiner allmählichen Ablösung dienen kann.

So kam es zu der grotesken Verfehlung der Fronten, welche die Besonderheit dieser Reichspräsidentenwahl war. Das Rätsel, warum Hitler eine so gewaltige Zahl nationaler Stimmen, bei denen die Intelligenz eine bedeutsame Rolle spielt, auf sich vereinen konnte, läßt sich nur damit erklären, daß das deutsche Volk das „System“ gründlich leid ist. Darunter versteht man außenpolitisch das Sich-Beugen unter das Gesetz von Weimar, innenpolitisch die zunehmende Kollektivierung der Wirtschaft, sei es auf privattkapitalistischer Grundlage durch Konzernierung und Vertrustung, sei es auf dem Wege des Staatskapitalismus. Die Masse der Stimmen ist natürlich entstanden durch allgemeine Unzufriedenheit. Kennzeichnend für den Wahlausgang ist die Eroberung des flachen Landes durch den Nationalsozialismus. Der Bauer kümmert sich um das „Dritte Reich“ wenig; er neigt überhaupt nicht zu politischen Gesinnungen. Sein Dasein ist patriotisch, nicht sein geistiger Zustand. Sein Dasein aber ist bedroht durch liberale Wirtschaftspolitik, durch Weltwirtschaftskrise und durch eine gewisse Bevorzugung der städtischen Schichten. Deshalb wählt er Hitler, der die unerhörte demagogische Gabe besitzt, allen alles zu versprechen.

Nicht minder interessant ist das Wahlergebnis vom konfessionellen Gesichtspunkte aus gesehen: die evangelischen Pastoren haben mit Verzweiflung für den katholischen Hitler agitiert, der doch zweifelsohne mit römischen Formen liebäugelt. Die Abneigung aber gegen die katholische Aktion, gegen die zielbewußte katholische Politik des Zentrums, gegen seine anmaßende Machtausübung, gegen sein Bündnis mit dem Freidenkertum, war stärker als alle anderen Überlegungen. Wenn man beispielsweise die Stimmenverteilung, die Mandatstärke der Nationalsozialisten in Bayern mit denen des Liberalismus um die 80er Jahre vergleicht, so kommt man zu dem überraschenden Ergebnis, daß damals, vor 50 Jahren, das Kräfteverhältnis zwischen Zentrum und Nationalliberalismus sich etwa ähnlich darstellt, als heute zwischen Bayerischer Volkspartei und Nationalsozialismus. Mit Sorge sprechen deshalb die Vertreter der konservativen Revolutionsidee vom Nationalsozialismus als einem Liberalismus redivivus.

Es wäre noch manches zu sagen über die Wahlreservoirs, aus denen die beiden großen Lager schöpften: so dürfte wohl feststehen, daß ein gut Teil der Frauenstimmen Hindenburg zuschoß, während die Jugend fast ausnahmslos Hitler wählte, ein Grund für die Nationalsozialisten, die Abschaffung des Frauenstimmrechts zu betreiben. Zweifelsfrei hat auch Hitler von den Kommunisten 1—2 Millionen Stimmen bezogen. Eingeweihte behaupten auf Grund dokumentarischer Berichte über Moskauer Verhandlungen, diese Unterstützung Hitlers sei von Moskau befohlen gewesen, um das Tempo der revolutionären Entwicklung zu beschleunigen. Nach anfänglichem Zögern gab Hitler diese Unterstützung durch kommunistische Stimmen zu; er bezeichnet sie als Einbruch in das marxistische Lager.

Das Bild des Wahlkampfes ist in vielen Beziehungen aufschlußreich. Er wurde mit amerikanischen Mitteln, d. h. auch mit der entsprechenden Skrupellosigkeit geführt. Auf der einen Seite der Terror des staatlichen Apparates, auf der anderen Seite der Kleinterror der Nationalsozialisten, der sich insbesondere in kleinen Gemeinden seitens der bäuerlichen Jugend auswirkte. Es ist bedenklich, daß gerade in den kleinen Verhältnissen die Lebensunerfahrenen und unbewährten Schreier sich hervortun, während die Träger der wirklichen Demokratie, die lebensbewährten Honoratiorenführer, an die Wand gedrückt werden. Diese Jugend will mit allen Mitteln ihr „Recht“ und ist die Bevormundung satt. Ihre Aktivität ist stärker als

das fachliche Können und Wissen der alten Generation. Es kommt dazu, daß die im Beruf, Stand oder Leben gescheiterten Existenzen aller Richtungen sich in dem großen Sammelbecken des Nationalsozialismus ein Stellbudelein geben. Die rasch arrivierten Unterführer denken nicht daran — oder haben nicht einmal Verständnis dafür —, einen Reinigungsprozeß zuzulassen. Sie halten die geistigen und mit Erfahrung ausgestatteten Kräfte, insbesondere die Charaktere, die sich nicht bedingungslos der Disziplin fügen, gern fern. Es ist überhaupt ein Kennzeichen dieser Wahl, daß im Reiche agitatorische Fähigkeit mit politischer Bewährung verwechselt wird. Die akademischen Kreise haben mit überwiegender Mehrheit Hitler gewählt, also einen Blankowechsel ausgestellt, da ja die staatsmännischen Fähigkeiten Hitlers und seiner Umgebung ein völlig unsicherer Posten sind. Aber gerade dieses undemokratische Verhalten beweist den Zusammenbruch der Vernunftdemokratie und den Grad der Verzweiflung des deutschen Volkes. Es soll alles anders werden, wie und durch wen, bleibt eine Frage zweiter Ordnung.

Wer die Vorkriegsentwicklung noch mit wachem Auge beobachtet hat und nun die letzten 15 Jahre deutscher Geschichte mitten drin stand, der kommt zum Ergebnis, daß mit dieser Reichstagswahl die Verpöbelung des reichsdeutschen Volkes nahezu ihren Höhepunkt erreicht hat. Der erste Proletarisierungsprozeß — die Wanderung landloser Bauernsöhne in die Industriestädte — wurde von der Sozialdemokratie ausgenützt und politisch aufgefangen. Weltkrieg, Zwangswirtschaft, Inflation, Reparationen, Deflation haben Riesenschichten des deutschen Mittelstandes depossidiert. So entstand die zweite proletarische Welle, die heute ihren politischen Niederschlag im Nationalsozialismus findet. Wohlverstanden ist dies nur die soziologische Seite des Nationalsozialismus. Seine politische — Widerstand gegen äußeren und inneren Defaitismus, Auflehnung gegen die verspätete parlamentarische Republik — steht auf einem anderen Blatt.

In der Reichspräsidentenwahl hat zwar die nationalsozialistische Partei einen zahlenmäßigen Zuwachs zu verzeichnen, aber der politische Sieg ist ausgeblieben, weil eine revolutionäre Gruppe sich nicht dem Legalitätsprinzip verschreiben darf. Die preußischen Wahlen haben politisch eine andere, positivere Wirkung: die Weimarer Koalition ist vernichtet, die Sozialdemokraten haben trotz „eiserner Front“ eine schwere Niederlage erlitten. Es kommt nun darauf an, was die Nationalsozialisten aus ihrem Sieg machen, ob ihre politischen Fähigkeiten ihren propagandistischen entsprechen. Die Nationalsozialisten haben keine einheitliche Meinung. Auf der einen Seite wirkt das Schwergewicht einer Millionenpartei, deren Amtsträger nun zu Staatsämtern drängen. Zehntausende von Familien leben schon heute vom Nationalsozialismus und hunderttausende drängen darnach, über die Staatskassen von ihm zu leben. Dies ist weniger ein bewußtes Ziel als ein unbewußter Vorgang. Der revolutionäre Kern der Nationalsozialisten ist heute umgewachsen und überwuchert von Malcontenten und Opportunisten aller Grade. Sie sind vergleichbar Gewinnern von großen Losen, die nun mit der Angst kleiner Leute an den plötzlichen Reichtum sich anklammern. Dieser Apparat will an die Macht, sei es aus Gründen materieller Art oder politischen Ehrgeizes. Dazu kommt, daß die Wähler Erfolge sehen wollen, je rascher je lieber. So wie die Dinge nach dem Ausgang der Preußenwahl nun liegen, ist ein machtpolitischer Erfolg nur möglich auf dem Wege der Koalition, und zwar einer Koalition mit dem gefürchteten Zentrum, dessen überlegene Taktik allgemein bekannt ist. Begeben sich die Nationalsozialisten in ein Bündnis mit dem Zentrum, so entsteht in Preußen eine feste Mehrheit auf lange Sicht. Praktisch bedeutet dies die Wiederherstellung des parlamentarisch-demokratischen Regimes in Preußen und damit die Sicherung jener Republik, welche die Nationalsozialisten bis aufs Messer bekämpft haben. Irgendwelche Staatsstreichexperimente sind in weite Ferne gerückt. Unter diesen Umständen zieht es die revolutionäre Führerschaft der Nationalsozialisten vor, in taktischen Vere-

handlungen, unter Überbürdung der Schuld auf das Zentrum, eine Koalition unmöglich zu machen und auf den Tag der Alleinherrschaft zu warten. Diese beiden Strömungen ringen heute miteinander und es ist dabei die große Frage, ob eine Aussicht auf absolute Majorität und Alleinherrschaft der Nationalsozialisten überhaupt besteht. Es geht also um das Fortführen der deutschen Revolution oder um eine neue Stabilisierung der Republik durch Hitler.

Was tun inzwischen die Kreise, die heute im Reiche über die Macht verfügen? Da fällt zunächst die Aktivität der Reichswehrleitung auf. Allmählich, aber unwiderstehlich hat sich Herr von Schleicher, der politische Referent der Obersten Heeresleitung, in den Vordergrund geschoben. Ein Mann, der seit Anbeginn die politische Entwicklung und die Verschiebung der Kräfteverhältnisse beobachten konnte, der im Hintergrund blieb und darauf achtete, daß sein Name in der Öffentlichkeit kaum genannt wurde. Er hatte ein sicheres Gefühl dafür, daß lange Zeit hindurch der Soldat in Deutschland nicht populär oder „modern“ war. Bis die Stunde des Versagens der Parteien kam, bis die Linke unter den schweren Druck einer „demokratischen“ Entwicklung geriet, die gegen sie auszuschielen droht. Es ist nicht so, daß die Linke sich mit dem Soldatentum ausgesöhnt hätte und es weniger haßte denn früher. Das weiß man sowohl in Reichswehrkreisen als auch im ganzen Volke, in dem allerdings die Sehnsucht nach Wehrhaftigkeit und Disziplin immer mehr um sich greift. Aber was früher die Monarchie war, das ist in einem gewissen Sinne heute die Oberste Heeresleitung: der ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht, der Kristallisationspunkt der Staatlichkeit, die einzige intakte Macht (pouvoir neutre). Die enge Verbundenheit des Generalfeldmarschalls mit der Wehrmacht tut ihr übriges. So kommt es, daß die Sozialdemokratie und der Linksliberalismus aus dem nämlichen Grunde, aus dem sie gegenüber Hindenburg und Brüning „stillhalten“, auch dann stillhalten, wenn die Reichswehrgeneralität sich regt und ziemlich energisch in das politische Leben eingreift.

Wenn nun die französische Presse den Reichswehrleuten Staatsstreichsabsichten unterstellt oder ein Wiedererwachen des deutschen „Militarismus“ konstatiert, so ist dies ein aus der französischen Mentalität zu erklärender Irrtum. Die deutsche Wehrmacht muß ein Interesse daran haben, daß ihre eigene natürliche nationale Haltung nicht auf die Dauer in einen künstlichen Gegensatz zu der großen nationalistischen Bewegung im deutschen Volke gebracht wird. Ein unterdrücktes Staatswesen muß sich auf seinen nationalen Idealismus stützen und kann nicht gegen ihn regieren. Das Vorgehen Herrn von Schleichers gegen Herrn Gröner dürfte deshalb wohl auf die Sorge um die Reichswehr zurückzuführen sein, die bei aller Neutralität und Wahrung der Staatsautorität den nationalen Volksmassen nicht entfremdet werden darf. Was der Reichsinnenminister tut, kann der Reichswehrleitung mehr oder weniger gleichgültig sein. Dagegen nicht, was der Reichswehrminister tut. Deshalb die Enthebung Gröners von seinem Amte als Reichswehrminister.

Es ist, wie gesagt, auch falsch, der Reichswehr Staatsstreichsabsichten zu unterstellen. Man kann die Handlungsweise der Generalität vielmehr dahin verstehen, daß sie — angesichts des Zusammenbruchs und des Versagens des Parteiwesens — die ihr zwangsläufig zugewachsene Machtposition nicht freiwillig preisgeben möchte. Die Herren Generale sind weder Rebellen noch Revolutionäre. Der Fall York ist wohl die einzige Ausnahme in der deutschen Geschichte und auch York fehlte jeder Glanz. Seine Handlungsweise ist nur außenpolitisch verständlich. Aber wir wissen, daß die Nationalsozialisten zielbewußt auf die Eroberung der Reichswehr drängen und — so wenig gefährlich der Kommunismus einer Berufsarmee werden kann, so gefährlich kann eine Bewegung wie die nationalsozialistische sich auswirken. Wenn deshalb die Generalität dafür eintritt, daß nicht gegen den Nationalsozialismus regiert, sondern ein gewisser Kontakt hergestellt wird, so geht es um die Erhaltung der letzten und stärksten Staatsstütze in Deutschland.

Diese Entwicklung haben Hindenburg und Brüning vorbereitet; sie ist anti-parlamentarisch. Der Reichspräsident und sein Kanzler ergänzen heute nach eigenem Gutdünken das Kabinett, entlassen und ernennen Minister. Wohl ist dieses Recht in der Reichsverfassung vorgesehen, aber unter Billigung des Parlaments. Der Reichstag billigt nun zwar diese Schritte alle, aber nicht aus innerer Überzeugung, sondern aus Angst. Wäre die Linke klug, so würde sie sich nicht gegen einen Eintritt der Nationalsozialisten in die Regierung sperren. Sie würde im Gegenteil alles tun, diesen Entwicklungsprozeß zu beschleunigen. Eine Rechtskoalition wäre ja praktisch nichts anderes als die Wiedereinsetzung des Parlaments in seine Rechte; seine schon erloschenen Funktionen würden wieder aufleben. Statt dessen klammert sich die Linke an das Kabinett Brüning, das übrigens heute fast durchwegs aus rechtsstehenden Männern sich zusammensetzt. Sie sieht nicht die Gefahr, die in einer längeren Ausschaltung des Parlaments besteht. Sie soll sich nicht einbilden, daß der Reichspräsident, Brüning und die Reichswehr die Ministeressel den kommenden Männern der Linken vorwärmen. Diese werden nie mehr zu den erstrebten behaglichen Sitzgelegenheiten kommen. Bleibt die Macht, die heute regiert (Reichspräsident, hohe Bürokratie, Brüning, Reichswehr) am Ruder, so nur, um allmählich das System ganz abzulösen und in gemäßigter und vorsichtiger Weise die Politik zu machen, welche die nationale Opposition, falls sie heute regierte, machen würde. Denn was an gesunden Gedanken reformatorischer Art von der Rechten seit Jahren propagiert wird, findet allmählich in den Notverordnungen seinen Niederschlag. Allerdings fehlt es am großen psychologischen Umschwung, weil die konservative und antilibérale Konzeption den heute Herrschenden mangelt. Infolgedessen laborieren sie efflektisch und pragmatisch mit den von der Rechten gebotenen Rezepten an dem frankten Staatskörper. Aufhalten wird dies den großen Rutsch keineswegs. Es wird ihn nur mildern und die Verschleuderung der Substanz verhindern.

Treten also die Nationalsozialisten in eine Koalition ein, so wird das System von Weimar und damit auch das von Versailles vorübergehend gerettet sein. Der große soziale Umbau, der geistige Umschwung, der wirtschaftliche Neubau wird auf sich warten lassen; die Franzosen können dann aufatmen, weil die nationale Opposition zum Mitkontrahenten von Versailles wird. Die bequemen Zeiten eines Wirth oder eines Stresemann sind allerdings für immer vorüber, Deutschland wird — was es unter Brüning schon begonnen hat — der Hecht im europäischen Karpfenteich sein.

Aber gerade wegen der uneuropäischen Haltung Frankreichs, das in starrer Versteinierung ganz Europa lieber zerbröckeln läßt als sich zu einer Umstellung bequem, wird mit dem Eintritt der Nationalsozialisten in die Regierung eine neue nationale Opposition sich bilden. Man glaube nicht, daß die Entwicklung mit dem Schicksal des Nationalsozialismus sich negativ oder positiv erschöpfe. Die deutsche Revolution, ein geistiger, kultureller, sozialer, wirtschaftlicher und politischer Vorgang von gewaltigen Ausmaßen, läßt sich nicht stoppen und ist nicht restlos vom Nationalsozialismus abhängig. Dieser stellt eine Etappe dar, ein Teilgebiet, zur Zeit den mächtigsten Repräsentanten. Er kann unter die Räder kommen, weil die politische Bewährung seiner Führer noch aussteht. Daß sie vor der geteilten Verantwortung zurückschrecken, liegt ja auf der Hand. Aber einmal muß die Entscheidung fallen, und dann erst sind wir in der Lage, die kommende Entwicklung zu überblicken. Niemand aber außerhalb der deutschen Reichsgrenzen soll glauben, daß der Befreiungswille und die Sehnsucht nach europäischer Neugestaltung auf deutschem Boden je zur Ruhe kommen werden. Je starrer der französische Gegenspieler, desto unwiderstehlicher die im deutschen Volkstum sich bildenden Kräfte.

M ü n c h e n , Mai 1932.

Edgar J. Jung.